Die Grenzen der Beteiligung

Durch einflussreichen Dialog zu mehr Akzeptanz der katholischen Kirche. *Von Felix Krebber und Markus Wiesenberg*

Abstract Der vorliegende Beitrag diskutiert, inwiefern die römisch-katholische Kirche auf Bundes- wie auf Bistumsebene auf die gesellschaftlich erwartete Beteiligung bzw. Partizipation eingeht. Basierend auf dem organisationalen Neo-Institutionalismus sowie diskurstheoretischen Arbeiten wird die katholische Kirche als Amtskirche verstanden, die selbst strategische Kommunikation betreibt. Die aus der Theorie hergeleiteten Erkenntnisse werden mittels eines Beteiligungsmodells auf den Gesprächsprozess übertragen. Es wird gezeigt, dass dem Einfluss der Laien durch rechtlich-hierarchische Rahmenbedingungen sowie durch tradierte Vorstellungen der kirchlichen Würdenträger und der Verwaltung davon, wie Entscheidungsfindung in der katholischen Kirche abläuft, enge Grenzen gesetzt sind, die es bei der Kommunikation von Kirchen mit ihren Mitgliedern zu beachten und transparent zu machen gilt.

Felix Krebber, M.A., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig und befasst sich in seiner jüngst fertiggestellten Dissertation mit gesellschaftlicher Akzeptanz und Beteiligung bei Infrastrukturprojekten.

Markus Wiesenberg, M.A., ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig und promoviert im Bereich kirchlicher Mitgliederkommunikation.

Im Sommer 2015 legte die Deutsche Bischofskonferenz (DBK) ihr jährliches Zahlenwerk zum „kirchlichen Leben in den Deutschen Bistümern" vor. Darin enthalten ist ein neuer Höchstwert von Kirchenaustritten. 217 716 Menschen kehrten der katholischen Kirche im vergangenen Jahr den Rücken (vgl. DBK 2015). Der Kirchenaustritt ist wohl der signifikanteste Indikator eines Akzeptanzdefizits der katholischen Kirche. Denn auch wenn in der Interpretation dieses Wertes für 2014 immer wieder argumentativ das veränderte Einzugsverfahren der Kirchensteuer auf Kapitalerträge ins Feld geführt wird, zeigt er auch die bewusste Abwendung von der Kirche. Im Austritt kommt sicherlich teilweise eine „persönliche Ablehnung des Glaubens" (Kopp 2015, S. 234) zum Ausdruck, ein Austritt kann jedoch auch als Absage an Haltungen und Handlungen der Kirche gedeutet werden, worauf auch Befragungen der Kirchenmitglieder hindeuten. Eine übergroße Mehrheit der Katholiken

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

bezeichnet sich als kritisch bis distanziert gegenüber der Kirche (vgl. MDG-Trendmonitor 2010, S. 121). Mitglieder, die schon einmal an Austritt dachten, gaben in der gleichen Studie an, dass sie sich weder von kirchlichen und gottesdienstlichen Feiern angesprochen fühlen, noch in den von der Kirche vorgelebten Werten eine Orientierung finden (vgl. ebd., S. 134). Die heftigen gesellschaftspolitischen Debatten, angefangen vom Skandal um sexualisierte Gewalt bis hin zum Limburger Finanzskandal, durch die die katholische Kirche in ihren Grundfesten erschüttert wurde, dürften nicht zu einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen Amtskirche und Kirchenvolk beigetragen haben. Ebertz (2014, S. 34) betont gar, dass die „Organisationsspitze den ‚Bodenkontakt' zu ihren Mitgliedern" zu verlieren drohe. Als eine Gegenmaßnahme schlug 2010 der damalige Vorsitzende der Bischofskonferenz Robert Zollitsch einen „Dialogprozess" mit den Mitgliedern vor, der 2011 als „Gesprächsprozess" mit dem Papstbesuch als Auftakt begann und mit der Feier des 50. Jubiläums des II. Vatikanischen Konzils 2015 endet.

Der vorliegende Beitrag nimmt den Gesprächsprozess der DBK zum Anlass und diskutiert, inwiefern die römisch-katholische Kirche auf Bundes- wie auf Bistumsebene auf die gesellschaftliche Erwartung von Beteiligung bzw. Partizipation eingeht. Dabei wird zunächst ein organisationssoziologischer Zugang gewählt, um das theoretische Fundament zu legen. Anschließend rückt der Dialog als Diskurs ins Zentrum der Betrachtung, um die häufig normativ aufgeladenen Dialogtheorien von Dialogprozessen in Organisationen und ihre Begrenztheit durch verschiedene Variablen zu differenzieren und damit das gelegte Fundament zu verbreitern. Die aus der Theorie hergeleiteten Erkenntnisse werden auf den bereits angedeuteten Gesprächsprozess mittels eines Beteiligungsmodells übertragen. Dementsprechend stellt sich die Frage, welche Veränderungen innerhalb der Bistümer wirklich möglich wären und welche Restriktionen die Beteiligung der Laien und ihren Einfluss innerhalb der Bistümer einschränken.

Akzeptanzdefizite der katholischen Kirche

Mit dem Aspekt der Mitgliedschaft, auf den die Austritte verweisen, ist bereits ein wesentliches Kriterium von *Organisationen* benannt, und als solche soll die katholische Kirche im Folgenden verstanden werden. Zwar betont Bischof Overbeck, Kirche sei „kein Verein und keine politische Organisation, sondern eine Glaubens- und Lebensgemeinschaft" (Overbeck 2013,

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

S. 23), doch wer allein dieser Argumentation folgt, verkennt, dass es sich bei der katholischen Kirche durchaus um eine Organisation handelt – wenn auch um eine besondere (vgl. Gabriel 2015; Ebertz 2014). In ihrer transzendentalen Dimension unterscheiden sich Kirchen beispielsweise von Parteien oder Sportvereinen, doch erfüllen Kirchen zentrale Definitionsmerkmale von Organisationen, wie die Kontrolle durch spezielle Machtzentren, eine formale Struktur, ihr Wesen als Einrichtung auf Dauer, einen genau feststellbaren Mitgliederkreis und Verfahren für Aufnahme und Ausschluss sowie als bedeutsames Kriterium die Orientierung auf bestimmte, wenn auch häufig sehr vage Organisationsziele (vgl. Endruweit 2004, S. 19). Dabei betont Nassehi (2009, S. 209ff.) die steigende Diskrepanz zwischen dem ökonomischen Überleben der Organisation Kirche und deren religiöser Deutungshoheit als Religionsgemeinschaft. Sein Fazit: Kirchen sollten das Organisierbare organisieren und das Nicht-Organisierbare nach seinen eigenen Regeln geschehen lassen (ebd., S. 216).

Kirchen erfüllen zentrale Definitionsmerkmale von Organisationen, wie die Kontrolle durch spezielle Machtzentren oder ihre Einrichtung auf Dauer.

Grundlegendes Ziel einer jeden Organisation ist zunächst einmal der Selbsterhalt – unabhängig aus welcher Motivation dieser sich speist. Somit sind Organisationen aller *Couleur* gezwungen, sich immer wieder aufs Neue zu legitimieren, um ihre Akzeptanz zu befördern (vgl. Bentele et al. 2015). Die Akzeptanzfrage erhält „unmittelbar praktische Relevanz und gesellschaftspolitische Brisanz [...] in einer Gegenwartsgesellschaft, in der Prinzipien des informierten Infragestellens und kompetenten Dagegenseins nicht nur als Attitüde kultiviert und zur zeit(geist-)mäßigen Mentalität stilisiert sind, sondern tatsächlich praktiziert werden und sich auf dem Wege zum anerkannten Sozialisationsziel bzw. zur Bürgerpflicht befinden" (Lucke 1995, S. 12). Akzeptanz als *gesellschaftliche Akzeptanz* entsteht, wenn Eigenschaften von Akteuren und ihr Handeln in Übereinstimmung mit gesellschaftlichen Normen und Werten stehen und durch die Zuschreibung von Legitimität als akzeptabel gelten (vgl. Krebber 2015, S. 16). Die römisch-katholische Kirche bezieht ihre Akzeptanz nicht nur aus ihrer religiösen Legitimation, sondern „hat sich zu einem immensen interorganisationalen Verflechtungszusammenhang unterschiedlicher kirchlicher Organisationen und unterschiedlicher Sozial- und Rechtsformen entwickelt (Ebertz 2014, S. 34), der bedeutsame Leistungen für die Gesellschaft erbringt. Hier sei etwa an die

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Arbeit der katholischen Sozial- oder Jugendverbände gedacht, die durch ihr karitatives und soziales Engagement zur gesellschaftlichen Akzeptanz der Kirche beitragen. Diese neigten jedoch immer wieder dazu, sich zu verselbstständigen (vgl. ebd.), was eine zentrale Steuerung seitens der Amtskirche erschwert. Auf Grund dieser komplexen Konstellation wird daher im Folgenden, wenn von der katholischen Kirche die Rede ist, explizit die *Amtskirche* in den Fokus gestellt.

Legitimation und Partizipation

Den Aspekt der Legitimation stellt die neo-institutionalistische Organisationstheorie in den Mittelpunkt und postuliert ihn als zentrales Kriterium der Existenzsicherung (vgl. Suchman 1995). Kerngedanke ist, dass sich Organisationen an Erwartungsstrukturen der Gesellschaft anpassen, um sich zu legitimieren (vgl. DiMaggio/Powell 1983) bzw. dies vorgeben, indem sie eine *ceremonial facade* aus vermeintlichen Strukturen und scheinbarem Handeln errichten. Dieses *Fassadenhandeln* ist vom eigentlichen Organisationshandeln abgekoppelt (vgl. Meyer/Rowan 1977, S. 358f.).

Eine zentrale gesellschaftliche Erwartungsstruktur ist in den westlichen Industrienationen beispielsweise die der Demokratie (vgl. Friedland/Alford 1991), die sich in Deutschland in einem gestärkten Partizipationsbedürfnis äußert. In Folge der „partizipativen Revolution" der 1960er und 1970er Jahre in Deutschland gewannen informelle und situative Formen politischer Beteiligung an Gewicht, was in der Verbreitung von Bürgerinitiativen und neuen dezentraleren und netzwerkförmigen Protestaktivitäten zum Ausdruck kam und bis heute kommt (Brand 2010, S. 142f.). Unter dem Begriff der „Subpolitik" fasst Beck (1993, S. 157) die Tendenz zusammen, dass den politischen Eliten die Problemlösungskompetenz abgesprochen wird, sich das Politische verlagere und auf sämtliche gesellschaftlichen Bereiche ausweite, die in die „Stürme der politischen Auseinandersetzung" hineingezogen werden. Die Ursachen hierfür werden in der individualisierten Kultur des Westens infolge der Modernisierungsprozesse mit der einhergehenden Bildungs- und Wohlstandszunahme, dem Wertewandel und den veränderten Lebensstilen gesehen (vgl. Beck 1993, S. 160; Kost 2013, S. 9). Direktdemokratische und deliberative Elemente gehören heute zu den von der Bürgerschaft erwarteten Formen politischer Beteiligung, was sich in der hohen Zustimmung zeigt, die zugangsoffene Bürgerforen genießen. Mit einer Zustimmung

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

von 73 Prozent sind sie ähnlich anerkannt wie Wahlen (82 Prozent) (Bertelsmann Stiftung 2014, S. 12).

Für die katholische Kirche in Deutschland zeigt sich in dieser Entwicklung, dass sie sich als Organisation ebenfalls in einem gesellschaftspolitischen Umfeld bewegt, in dem Partizipation erwartet wird. Knapp ein Drittel der Deutschen sind Mitglied der katholischen Kirche und mit diesen Personen diffundieren die Werte, die gesellschaftlich anerkannt sind, auch in die Organisation Kirche hinein. Gleichzeitig wird damit ein Widerspruch offenkundig: Während in der deutschen Gesellschaft Partizipation eine anerkannte Erwartungshaltung gegenüber Verantwortungsträgern in sämtlichen Organisationstypen ist – angefangen von Möglichkeiten der betrieblichen Mitbestimmung bis hin zur politischen Beteiligung in Volksabstimmungen –, stehen die Mitglieder der katholischen Kirche einer kirchlichen Entscheidungsstruktur gegenüber, die eher einen feudalistischen als demokratischen Eindruck macht.

Einerseits werden Entscheidungen in der Organisation Kirche auf wenige Machtzentren, darunter zuvorderst Rom, konzentriert. Die Diözesanbischöfe sind Rom gegenüber rechenschaftspflichtig, die Pfarrer wiederum gegenüber ihren Diözesanbischöfen. Das Kirchenvolk spielt als legitimierende Instanz keine Rolle. Erst in Fällen, in denen ein massiver Akzeptanzverlust droht, greift Rom ein. Dies geschieht jedoch selten. Andererseits gab es in der römisch-katholischen Kirche Fortschritte vor dem Hintergrund innerkirchlicher Mitbestimmungsforderungen im Konflikt zwischen Bischöfen und Laienkatholizismus (vgl. Liedhegener 2013). Ebertz (2014) betont mit dem Urteil des Historikers Heinz Hürten, dass erst durch die innerkirchliche Öffnung die Laien ein stärkeres Interesse an der Mitgestaltung gewonnen hätten. Mit demokratie- und rechtsstaatsanalogen Verfahren reagierte die Amtskirche auf ein gesellschaftspolitisches Klima, in dem „demokratische Mitbestimmung zum Anspruch und Selbstverständnis der Bürgerinnen und Bürger geworden war“ (ebd., S. 35). Doch sei dieser Zugewinn an Konfliktfähigkeit heute verloren gegangen, weil der Konsens durch einflussreiche Bischöfe aufgekündigt worden sei, kritisiert Liedhegener (2013, S. 48). Dabei muss die Amtskirche die Balance zwischen der Anpassung an gesellschaftliche Erwartungen, den eigenen Prinzipien und den Erwartungen der Mitglieder finden (Pickel 2013, S. 88).

Die katholische Kirche in Deutschland bewegt sich in einem gesellschaftspolitischen Umfeld, in dem Partizipation erwartet wird.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Es war zunächst Max Weber (1980) der auf die drei reinen Typen legitimer Herrschaft hinwies. Neben dem *rationalen* und *traditionalen* Herrschaftstyp verweist er auf die primäre Legitimitätsgeltung *charismatischen* Charakters. Dementsprechend wird „dem charismatisch qualifizierten *Führer* als solchem kraft persönlichen Vertrauens in Offenbarung, Heldentum oder Vorbildlichkeit im Umkreis der Geltung des Glaubens an dieses sein Charisma gehorcht" (ebd., S. 124, Hervorhebung im Original). Auch Luhmann (1977, S. 290) betont insbesondere die Dogmatik, durch die sich Kirche „in ihrer Amtsstruktur und in ihrer Sukzessivität als Nachfolge Christi" mit legitimiert. Jedoch wird immer deutlicher, dass in der Moderne und im Zuge der funktionalen Differenzierung primär traditionale und charismatische Legitimitätsgeltungsansprüche zurückgewiesen werden (vgl. Pollack/Rosta 2015; Hinings/Raynard 2014). Während demnach Legitimität für die Kirchen zunächst ein theologisches Konzept im Sinne des Glaubens ist, sind sie als Organisationen auf gesellschaftliche Legitimation angewiesen (Hinings/Raynard 2014, S. 169). Diese erhalten sie primär durch ihre Mitglieder (vgl. Oliveira/Wiesenberg 2015), aber auch durch andere Typen der Legitimation (vgl. Bitektine 2011). Hier muss jedoch zwischen Laienorganisationen in der Kirche und der Amtskirche differenziert werden. Während sich die Leitungen der Jugend- und Sozialverbände „von unten" seitens der Zustimmung der Mitglieder legitimieren, legitimieren sich Amtsträger in der kirchlichen Hierarchie durch den Ruf ihres Vorgesetzten „von oben". Sie sind – auch im Vergleich zur evangelischen Kirche, in der Würdenträger durch die Mitglieder gewählt werden – nicht unmittelbar auf die Zustimmung der Mitglieder angewiesen.

Kirchen sind als Organisationen auf gesellschaftliche Legitimation angewiesen.

Inwiefern gesellschaftliche Akzeptanzrisiken wahrgenommen werden und welche Antworten innerhalb der Organisation auf diese Akzeptanzfragen gefunden werden, hängt maßgeblich von den Wahrnehmungs- und Einstellungsmustern innerhalb der Organisation ab. Die neo-institutionalistische Organisationstheorie beschreibt gemeinsame Wahrnehmungsmuster und prägt Grundannahmen innerhalb einer Organisation als *taken-for-granted skripts*, in denen Sachverhalte als selbstverständlich gelten. Diese Wahrnehmungsmuster sind geprägt durch das *organisationale Feld,* also die Umwelt in der sich eine Organisation befindet und bewegt (vgl. Tolbert/Zucker 1996, S. 184).

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Dialog

Vor diesem theoretischen Hintergrund, der insbesondere auf den Grundannahmen des organisationalen Neo-Institutionalismus fußt, soll im Folgenden der sogenannte „Gesprächsprozess" der DBK betrachtet werden. Um neben dem organisationssoziologischen Zugang das theoretische Fundament zu verbreitern, wird zunächst auf Dialog als Diskurs eingegangen, um daraufhin auf Dialogprozesse in Organisationen und ihre Begrenztheit durch verschiedene Variablen einzugehen.

Ist – auch im Zusammenhang kirchlicher Dialogprozesse – von Dialog die Rede, wird dieser häufig mit dem normativ noch stärker aufgeladenen Diskursbegriff gleichgesetzt (vgl. etwa Pottmeyer 2013, S. 134). So werden als Kriterien für Dialoge die Gleichberechtigung der Dialogpartner („Dialog auf Augenhöhe"), das Aufgeben festgefügter eigener Standpunkte und eine gemeinsame Wahrheitssuche genannt. Darin scheinen sehr deutlich die Habermas'schen Kriterien, die er für kommunikatives Handeln formuliert (1997). Dieses kommunikative Handeln bezeichnet er als „Interaktion von mindestens zwei sprach- und handlungsfähigen Subjekten, die […] eine interpersonale Beziehung eingehen. Die Aktoren suchen eine Verständigung über die Handlungssituation, um ihre Handlungspläne und damit ihre Handlungen einvernehmlich zu koordinieren" (ebd., S. 128). Für kommunikatives Handeln werden die Geltungsansprüche von Wahrheit, Wahrhaftigkeit und normativer Richtigkeit als Grundlagen der Sprechakte formuliert (vgl. ebd., S. 411f.).

Habermas grenzt kommunikatives Handeln von anderen Handlungstypen ab: teleologischem Handeln, das auf die Realisierung eines Zwecks ausgerichtet ist; strategischem Handeln, bei dem die Erwartungen von Entscheidungen mindestens eines weiteren zielgerichtet handelnden Aktors mit einbezogen werden; normenreguliertem Handeln, bei dem sich das Handeln an gemeinsamen Werten orientiert und dramaturgischem Handeln, bei dem die Interaktionsteilnehmer füreinander ein Publikum bilden, vor dessen Augen sie sich darstellen (vgl. ebd., S. 127f.). Habermas (1984, S. 174) selbst verweist darauf, dass die geforderten Bedingungen kommunikativen Handelns nur in einer idealen Sprechsituation gegeben seien, die jedoch kontrafaktisch sei. Bis vielleicht auf Seminarsituationen an der Universität dürften die meisten Dialoge nicht zu Diskursen im Habermas'schen Sinne werden, weil Gesprächspartner zumeist mit eigenen Interessen argumentieren, teleologisch oder strategisch.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Hoffjann und Hachmeister (2013) haben empirisch gezeigt, wie sehr sich Unternehmen einem wirklichen Dialog häufig verschließen bzw. wenn es einen „Dialog" gibt, dann wird dieser mit einem bereits feststehenden Ausgang inszeniert: „Der als wichtig bewertete Austausch mit Bezugsgruppen scheint nur auf ein Überzeugen der Kritiker zugunsten des Unternehmensstandpunktes ausgerichtet zu sein und [...] [damit dient die] PR als Bollwerk des Unternehmens zum Schutz vor seiner Umwelt" (ebd., S. 18).

Auch von Kirchenvertretern wird der Dialogbegriff gerne genutzt. Kardinal Lehmann überschrieb sein Eröffnungsreferat zur Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz mit dem Titel „Vom Dialog als Form der Kommunikation und Wahrheitsfindung in der Kirche von heute" (Lehmann 1994). Er grenzt Dialoge von Gesprächen ab, indem er das gemeinsame Anerkennen der Wahrheit und die Konsensfindung als zentrale Kriterien herausarbeitet und warnt davor, dass Macht- und Autoritätseinwirkung Dialoge „verzerren" könnten und es an „Aufrichtigkeit" der Dialogpartner mangele (vgl. ebd., S. 13ff.). Gleichzeitig nimmt er Bezug auf Papst Paul VI. der in seiner Enzyklika „Ecclesiam Suam" auf Dialog eingeht. Auch Paul VI. sieht Wahrheit als zentrale Eigenschaft von Dialogen an (vgl. ES 81) und macht das Zuhören zur Prämisse von Dialogen: „Noch bevor man spricht, muss man auf die Stimme, ja sogar auf das Herz des Menschen hören; man muss ihn verstehen und, soweit möglich, achten und, wo es sich geziemt, ihm auch Recht geben" (ES 87). Weiter fordert er in der Enzyklika einerseits den Dialog der Kirche mit der Welt: „Die Kirche muss zu einem Dialog mit der Welt kommen, in der sie nun einmal lebt. Die Kirche macht sich selbst zum Wort, zur Botschaft, zum Dialog" (ES 65). Andererseits ist in Bezug auf den innerkirchlichen Dialog sein Dialogverständnis jedoch deutlich enger. Pottmeyer (2013, S. 135) fasst zusammen: „Die für den Dialog mit der Welt von heute empfohlene Hörbereitschaft, ja Wechselseitigkeit tritt auffallend zurück, wenn der Papst auf den innerkirchlichen Dialog zu sprechen kommt [...]. Eingeschärft [wird] der gebotene Gehorsam gegenüber dem Hirten." Auch in den Konzilsdokumenten falle auf, „dass von einem Dialog auf Gegenseitigkeit immer nur im Blick auf den Dialog nach außen gesprochen wird, nicht im Blick auf den innerkirchlichen Dialog" (ebd., S. 137).

Auch Papst Paul VI. sieht Wahrheit als zentrale Eigenschaft von Dialogen an und macht das Zuhören zur Prämisse von Dialogen.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Kommunikation als strategische Kommunikation der (Erz-)Bistümer

Das normative Verständnis von Dialog fand entsprechend auch Anklang in der Public Relations-Wissenschaft. Dafür stehen exemplarisch normative Ansätze wie das Konzept der *Verständigungsorientierten Öffentlichkeitsarbeit* von Burkart (2015) oder die *Excellence Theory* von Grunig und Hunt (1984) (vgl. auch Sandhu 2012, S. 49ff.). Wenn jedoch im Folgenden Dialogprozesse der Kirche betrachtet werden, werden diese als Kommunikationshandlungen betrachtet, die eingebunden sind in den Gesamtzusammenhang strategischer Organisationskommunikation. Denn auch Kirchen sind Organisationen, die strategische Organisationskommunikation betreiben. Dialoge – in Form von Veranstaltungskommunikation oder mediatisiert über die sozialen Netzwerke (vgl. Wiesenberg/Zerfaß 2015) – werden in der Regel durch Kommunikationsabteilungen organisiert, sind also inhaltlich darauf angelegt, strategische Organisationsinteressen zu unterstützen und (mit) durchzusetzen (vgl. Holtzhausen/Zerfass 2015).

Was aber passiert, wenn das Organisationsinteresse unklar ist oder sich zum Teil widerspricht? So muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass es nicht einfach die katholische Kirche als eine Organisation gibt, sondern dass hinter „der Kirche" unterhalb von Rom autarke Bistümer stehen, die jeweils eine eigene organisationale Einheit bilden und mit jeweils eigenen Interessen handeln – was unter anderem bei der Novellierung des kirchlichen Arbeitsrechtes vom 27. April 2015 deutlich wurde. Welche Interessen die (Erz-)Bistümer im Einzelnen verfolgen, hängt sehr stark von der geistlichen Autorität, dem (Erz-)Bischof, ab. So bilden die (Erz-)Bistümer zusammen die Breite des katholischen Glaubens ab, der innerhalb des Interpretationsrahmens des römisch-katholischen Glaubens divergiert. Wird im Folgenden nun von strategischer Kommunikation der Kirchen gesprochen, so ist damit die strategische Kommunikation der (Erz-)Bistümer und deren (Erz-)Bischöfe gemeint. Die DBK, die selber auch kommunikativ auftritt und den bundesweiten Gesprächsprozess organisiert, ist als ein Zusammenschluss der deutschen (Erz-)Bistümer zu verstehen, besitzt jedoch lediglich eingeschränkte Beschlusskraft.

Aufgrund der innerkirchlichen Divergenzen der Glaubensinterpretation erscheint schon ein innerkirchlicher Dialog unter den (Erz-)Bischöfen mit deren jeweils eigenen Interessen als große Herausforderung. Ein Dialogprozess zwischen der

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

DBK und den Laien erscheint unter diesen Gegebenheiten noch schwieriger – es sei denn, alle (Erz-)Bischöfe stehen dahinter und der Prozess stellt damit ein gemeinsames Interesse dar.

Dialog und Akzeptanz

In der Beschränkung der innerkirchlichen Dialogfähigkeit liegt ein zentrales Problem. Evident wird es in Zahlen, nach denen sich 2009 mehr als zwei Drittel (69 Prozent) der Katholiken unzufrieden zeigten mit dem Umgang mit kircheninternen Kritikern (MDG-Trendmonitor 2010, S. 65). Wenn aber heute die Akzeptanz der Organisation abnimmt, ist sie gezwungen, stärker auf die Erwartungen ihrer Mitglieder wie des gesamten gesellschaftspolitischen Umfelds – zu dem die Mitglieder bei einer derart großen Organisation ebenso gehören – einzugehen. Sie ist angewiesen auf Mitglieder, die sich aktiv ehrenamtlich engagieren und sie letztlich auch in der Glaubensweitergabe als einem ihrer zentralen Ziele unterstützen. Darüber hinaus tragen die Mitglieder als Kirchensteuerzahler wesentlich zum Erhalt der Organisation Kirche bei. Ein Entzug der gesellschaftlichen Legitimation, also ein Akzeptanzverlust, könnte langfristig den Entzug von Privilegien im Steuer- oder Arbeitsrecht zur Folge haben, die ihr als Körperschaft des öffentlichen Rechts (vgl. Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 Abs. 5 WRV) eingeräumt werden (vgl. Hasse 2009, S. 176). Erhebt die katholische Kirche den Anspruch, gesellschaftspolitische Diskurse mitprägen zu wollen, muss sie sich zuerst die Frage der eigenen Akzeptanz stellen. Mit einer abnehmenden Zahl von Kirchenmitgliedern erodiert auch ihre *Binnenlegitimation* und damit ihre gesellschaftliche Legitimation, einen gesamtgesellschaftlichen Gestaltungsanspruch erheben zu können. Daher muss der Blick bei der Frage nach Akzeptanz in besonderer Weise auf die Mitglieder gerichtet werden.

Erhebt die katholische Kirche den Anspruch, gesellschaftspolitische Diskurse mitprägen zu wollen, muss sie sich zuerst die Frage der eigenen Akzeptanz stellen.

Hierzu ist eine analytische Trennung verschiedener Mitgliedertypen sinnvoll, denn die katholische Kirche hat trotz aller Austritte nach Angaben der Pfarreien und Bistümer noch immer fast 24 Millionen Mitglieder, was 29,5 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht (DBK 2015, S. 42). Aus empirischer Sicht werden die Kirchenmitglieder am häufigsten nach ihrer Kirchenaustrittsbereitschaft (vgl. Ebertz 2012; Zulehner 2012), ihrem Engagement bzw. Aktivität innerhalb der Kirche (vgl. EKD, 2014) oder ihrer Milieuzugehörigkeit (vgl. Hempelmann 2015; App/Broch/Messingschlager 2014; Calmbach/Flaig/Ei-

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

lers 2013; Ebertz 2009) typisiert. Alle Studien und Typologien eint, dass sie sich besonders auf die Nähe oder Distanz der Mitglieder zur Kirche konzentrieren. Insbesondere Hempelmann (2015) und Hero (2010) machen jedoch deutlich, dass neben und zum Teil auch innerhalb der beiden deutschen Großkirchen neue Formen des religiösen Lebens sichtbar werden (vgl. auch Pollack/Rosta 2015). Dementsprechend beschreibt der Organisationssoziologe Raimund Hasse (2009, S. 165f.) unter Bezugnahme auf Hirschman (1970) drei wesentliche Dimensionen der Unzufriedenheit, die generell bei Mitgliedern während Krisen innerhalb von Organisationen zu beobachten sind. Demnach wird Unzufriedenheit mit der Organisation zum Ausdruck gebracht durch:

- „Exit": Austritt und unter Umständen Wechsel zur „Konkurrenz";
- „Voice": lautstarken Protest;
- „Loyalty": inneren Rückzug und innere Kündigung oder demonstrative Unterstützung.

Diese Reaktionsmuster dienen laut Hasse als wichtige Impulsgeber für organisationale Kurskorrekturen, die nicht nur von den etablierten Kirchen wahrgenommen werden dürfen, sondern ganz konkrete Handlungen benötigen. Dass es infolge eines Austritts zu einem Übertritt zu einer anderen Religionsgemeinschaft kommt, ist in Deutschland bisher nur marginal der Fall (vgl. Pollack/Rosta 2015) – eher kann mit Jörg Stolz (2013) von einer säkular-religiösen Konkurrenz gesprochen werden. Dabei besitzen die beiden Großkirchen den Vorteil der etablierten Organisationen und dementsprechend einen Status-Vorteil (vgl. Zerfass/Wiesenberg 2015). Hasse (2009, S. 170) betont jedoch, dass die Anpassung an die Umweltbedingungen insbesondere für so alte Organisationen wie die katholische Kirche nicht immer von Vorteil sei. Dabei kann die gesellschaftliche Akzeptanz auf Dauer für eine Institution wie die römisch-katholische Kirche eine größere Rolle spielen als ein kurzzeitiger Akzeptanzverlust. Diese muss dann jedoch durch einen Akzeptanzgewinn wieder hergestellt werden.

Die sozialwissenschaftliche Forschung zeigt, dass gesellschaftliche Akzeptanz von Organisationen bei Betroffenen und in einer breiteren Öffentlichkeit dann entsteht, wenn Vorschläge von Betroffenen und Bezugsgruppen in die Ausgestaltung von Organisationshandeln implementiert werden. Dies wurde zuletzt bei Infrastrukturprojekten offenkundig, bei denen zum einen die gesellschaftliche Erwartungshaltung nach Partizipa-

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

tion artikuliert wurde und zum anderen Akzeptanz bei Betroffenen durch die Implementation von Einwänden erreicht wurde (vgl. Zoellner et al. 2005; Knall 2006; Schnelle/Voigt 2012). Da die teils massiven öffentlichen Debatten um Infrastrukturprojekte – so sei an die Demonstrationen gegen „Stuttgart 21" oder die Stromtrassen erinnert – heute als Kristallisationspunkte eines gesellschaftlichen Wandels angesehen werden können (vgl. Bentele et al. 2015), wird ein näherer Blick auf Beteiligung und Dialogformen bei Infrastrukturprojekten geworfen, um später eine Übertragung auf kirchliche Dialogprozesse zu diskutieren.

Hierzu wird zunächst das Beteiligungstypenmodell von Krebber (2015, vgl. Abb. 1) vorgestellt. Das Modell wurde basierend auf der empirischen Analyse mehrerer Infrastrukturprojekte entwickelt. Dabei wurde u.a. untersucht, inwiefern lokal Betroffene in Beteiligungsangebote einbezogen wurden und wie diese Angebote gestaltet waren. Das Modell differenziert in Anlehnung an Arbter (2012) verschiedene Stufen der möglichen Beteiligung, von Information, bei der keine Einflussnahme eingeräumt wurde, über Konsultation mit begrenzter Einflussnahme, bis hin zu Kooperation mit großem Einfluss der Betroffenen auf die Projektgestaltung. Es verdeutlicht, dass Organisationen – abhängig von strategischen Erwägungen – Einfluss auf die Projektgestaltung einräumen. Je größer die Abhängigkeit von Betroffenen, desto höher ist der Grad an Beteiligung. Im Umkehrschluss räumte ein Unternehmen lokal Betroffenen keinen Einfluss ein, wenn die Projektrealisierung durch ein lokales Akzeptanzdefizit nicht gefährdet war. Wie bereits im Verweis auf die theoretische Basis der neo-institutionalistischen Organisationstheorie beschrieben, legitimieren sich Organisationen nicht nur, indem sie Erwartungen nachkommen, sondern auch, indem sie nur *vorgeben*, dies zu tun. Dies zeigte sich auch in der Untersuchung im Beteiligungstyp der Information, bei dem scheinbar dem gesellschaftlichen Wunsch nach Beteiligung nachgekommen wurde, jedoch kein Einfluss auf die Projektgestaltung eingeräumt wurde. Es handelte sich also um eine vom Einfluss auf die Projektgestaltung entkoppelte Form von Beteiligung. Sie zielt kommunikativ insbesondere auf diejenigen, die nicht unmittelbar an der Veranstaltung beteiligt waren. Ihnen gegenüber kann demonstriert werden, dass man beteiligt habe und damit der gesellschaftlichen Forderung nach Partizipation nachgekommen sei, wodurch der „Partizipationsmythos" (Krebber 2015, S. 258) aufrechterhalten wird.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

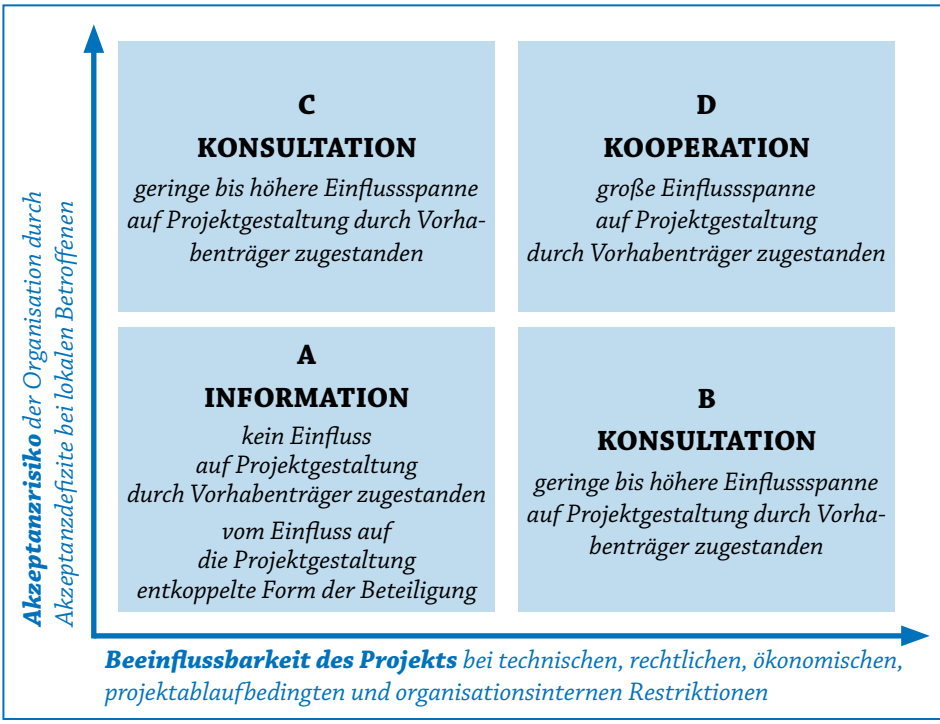

Abb. 1: Beteiligungstypenmodell nach Krebber 2015

Eingeschränkt wurde der Grad des zugestandenen Einflusses jedoch nicht alleine durch die strategischen Interessen der Organisationen. Bei den untersuchten Infrastrukturprojekten kamen technische, projektablaufbedingte wie auch rechtliche und ökonomische Aspekte zum Tragen. Auch organisationsinterne Restriktionen wurden herausgearbeitet, wonach es bedeutsam ist, inwiefern es dem Kommunikationsverantwortlichen gelingt, Dialogergebnisse in Organisationshandeln zu implementieren und damit auch Einfluss auf andere Abteilungen auszuüben. Hier kommt es darauf an, wieviel Einfluss sich der Kommunikationsverantwortliche in der Organisation nimmt und wie viel ihm zugestanden wird.

Die in der Studie dargestellten Beteiligungsformate unterscheiden sich hinsichtlich ihres Teilnehmerkreises und – wie bereits ausgeführt – hinsichtlich des Einflusses, den Gesprächsergebnisse entfalten. Das Spektrum reichte von Einzelgesprächen auf sogenannten „Infomärkten" oder in „Bürgersprechstunden" über zugangsoffene und öffentliche „Runde Tische" bis hin zu Beiräten, in denen Vertreter der relevanten Bezugsgruppen vertreten waren. In einer Fallstudie wurden in einem mehrstufigen Konsultationsprozess Einwendungen von Bürgern aufge-

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

nommen und in einem Gremium, bestehend aus den gewählten lokalpolitischen Vertretern, der Genehmigungsbehörde und Vertretern des Unternehmens, verhandelt. In diesem Gremium wurden Pläne und Umsetzungsvarianten unter Berücksichtigung der Einwände der Bürger erarbeitet. Insbesondere die auf Repräsentativität zielenden Formate machen die Bemühungen deutlich, für eine höhere Legitimation der Ergebnisse von Beteiligungsprozessen zu sorgen. Dies geschah entweder, indem durch die Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen eine Repräsentativität zu erzielen versucht wurde oder, indem gewählte und damit legitimierte Vertreter in Planungsprozesse eingebunden wurden. Auch öffentliche und damit nicht zugangsbeschränkte Veranstaltungen gehörten zum Repertoire der analysierten Fallstudien.

Als wesentliche Kriterien für die spätere Diskussion der kirchlichen Dialogangebote lassen sich der Teilnehmerkreis, die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen und die Tragweite von Beschlüssen der Gremien und ihre Legitimation festhalten. Auf Basis des Beteiligungstypenmodells sollen nun die aktuellen Dialogprozesse diskutiert werden. Im Mittelpunkt der Betrachtung steht folgende Forschungsfrage: *Welche Faktoren limitieren die kirchlichen Dialog- und Gesprächsprozesse in ihrem Einfluss auf das Organisationshandeln der römisch-katholischen Kirche?*

Dialogprozesse in der katholischen Kirche

Zunächst kann festgehalten werden, dass die katholische Kirche mit Diözesansynoden bereits ein Beteiligungs- oder Dialoginstrument, das auch Laien einbeziehen kann, kennt. Das kanonische Recht (Can. 460) definiert sie als „eine Versammlung von ausgewählten Priestern und anderen Gläubigen der Teilkirche, die zum Wohl der ganzen Diözesangemeinschaft dem Diözesanbischof [...] hilfreiche Unterstützung gewähren". In der Definition wird jedoch bereits die machtvolle und herausgehobene Stellung des Bischofs deutlich. Allein er ist „Gesetzgeber in der Diözesansynode [...] während die anderen Teilnehmer der Synode nur beratendes Stimmrecht haben; allein er selbst unterschreibt die Erklärungen und Dekrete der Synode, die nur kraft seiner Autorität veröffentlicht werden dürfen." (Can. 466). Die Einbeziehung von Laien geschieht ganz nach den Vorstellungen des Bischofs, der die „Art der Wahl und die Anzahl der zu Wählenden" selbst bestimmen kann (vgl. Can. 463). Haering (2008, S. 308) stellt dazu fest: „Die Diözesansynode ist also ganz auf den Bischof hingeordnet. Er allein unterzeichnet

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

die Erklärungen und Dekrete der Synode, die zwar als synodale Entscheidungen firmieren, aber letztlich in der alleinigen Verantwortung des Bischofs ergehen. In gewisser Weise ist die Diözesansynode ein Forum zur feierlichen Ausübung bischöflicher Autorität, freilich nach Beratung mit der Synode." Demgegenüber stehen rechtlich – insbesondere in ihren Beschluss- und Einflussmöglichkeiten – nicht näher definierte Foren, die unter anderem in letzter Zeit im Kontext des Gesprächsprozesses abgehalten wurden. Dadurch dass diese in keiner rechtlichen Form verankert sind, ist ihr Einflussgrad völlig abhängig vom Diözesanbischof.

Nun zum Gesprächsprozess der Deutschen Bischofskonferenz (DBK). Im Jahr 2010 beschloss der Ständige Rat der DBK angesichts des 50-jährigen Jubiläums des Abschlusses des Zweiten Vatikanums eine „Standortbestimmung vorzunehmen".[1] Anfang 2010 wurde die katholische Kirche durch die Aufdeckung der Fälle sexualisierter Gewalt erschüttert. Auf der Vollversammlung der DBK in Fulda schlug der damalige Vorsitzende Robert Zollitsch eine „Dialoginitiative" vor, mit dem Ziel, nach den Glaubwürdigkeitsverlusten infolge des Missbrauchsskandals, Vertrauen zurück zu gewinnen. Das Stimmungsbild der Bischöfe sei keineswegs geschlossen gewesen, vielmehr habe Skepsis bestanden, über welche Themen gesprochen werden solle und wer diese bestimme, welcher Zeitraum für einen solchen Prozess sinnvoll und welche Form für den Prozess zu wählen sei (vgl. Belok 2014, S. 2). Die DBK entschied sich für diözesane Veranstaltungen wie auch überdiözesane Initiativen. Bei der Frühjahrsvollversammlung beschloss die DBK den Dialogprozess „Im Heute glauben" bis zum Jahr 2015 dauern zu lassen. In einem Brief an die Gemeinden wurde dieser Prozess angekündigt und Konfliktthemen wie die „kirchliche Anerkennung von neuen Lebensformen", eine „Ausweitung der Zugangswege zum priesterlichen Dienst" oder stärkere Formen der Mitbestimmung benannt (DBK 2011, S. 4). Die Bischofskonferenz bezeichnet den Prozess dabei als *geistlichen* Prozess und stellt vor allem theologische Fragen ins Zentrum der jährlich stattfindenden bundesweiten Zusammenkünfte. Die Jahresthemen orientieren sich an den Lebens- und Grundvollzügen der Kirche, Diakonia, Liturgia

Die „Dialoginitiative" hat das Ziel, nach den Glaubwürdigkeitsverlusten infolge des Missbrauchsskandals Vertrauen zurück zu gewinnen.

1 *Vgl. zur Chronologie Belok (2014).*

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

und Martyria, und werden umrahmt von einer Einführungs- sowie einer Abschlussveranstaltung jeweils unter dem Motto „Im Heute glauben". Koordiniert wird der Gesprächsprozess von einer Steuerungsgruppe, die aus drei Bischöfen besteht. Die jährlichen bundesweiten Tagungen zwischen 2011 und 2015 dauern jeweils zwei Halbtage (vgl. Belok 2014, S. 7).

Neben dem zentralen bundesweiten Gesprächsprozess organisierten und organisieren mehrere Diözesen regionale Dialogprozesse. Diese vollziehen sich entweder als kirchenrechtlich nicht näher bestimmte Foren oder Dialogprozesse – zum Beispiel in den Bistümern Eichstätt, Hildesheim, Würzburg – sowie im Bistum Trier in Form einer Diözesansynode. Bei den verschiedenen Initiativen um den Gesprächsprozess wird besonders der Begriff des Dialogs vermieden, obwohl der Vorsitzende der DBK, Kardinal Reinhard Marx, offiziell zum Ende des Gesprächsprozesses in Magdeburg 2014 wie folgt zitiert wird: „Wir bleiben verbunden und gemeinsam auf dem eingeschlagenen Weg. Der Gesprächsprozess ist die Suche nach einem neuen Miteinander und das Finden der Themen, die in der Kirche offen und angstfrei angesprochen werden müssen. Am Ende des Prozesses im kommenden Jahr muss gut überlegt werden, was der Dialog gebracht hat. Wir werden uns damit in der Bischofskonferenz befassen" (DBK 2014). Belok (2014, S. 8) stellt dazu die entscheidende Frage: „Warum werden Menschen motiviert, sich zu beteiligen, wenn sie zwar mitreden, aber in den Dingen, die sie unmittelbar angehen – wie die Frage nach der Zukunft der Kirche – nicht mitentscheiden dürfen?" Immer wieder liegt die Betonung dabei auf dem Gesprächsprozess als geistlicher Prozess und Dialog. Im Zentrum stehen die Fragen, „vor welchen Herausforderungen die Kirche in ihren wesentlichen Selbstvollzügen steht und welcher Bezug dabei zu den richtungsweisenden Aussagen des Zweiten Vatikanischen Konzils besteht" (DBK 2011). Jedoch muss man fragen, welche Konsequenzen das Zweite Vatikanum in Bezug auf das Kirchenrecht wirklich hat (vgl. Belok 2014, S. 8). Hierauf haben die Laien schließlich wenig Einfluss, sondern allein die (Erz-)Bischöfe. Dementsprechend ist dieser Gesprächsprozess zwischen den Vertretern der (Erz-)Bistümer, des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, der deutschen Ordensobernkonferenz, der kirchlichen Bewegungen und geistlichen Gemeinschaften, des Deutschen Caritasverbandes sowie der katholisch-theologischen Fakultäten in erster Linie ein Gesprächsprozess der

Bei den verschiedenen Initiativen um den Gesprächsprozess wird besonders der Begriff des Dialogs vermieden.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

führenden Gremien der katholischen Kirche über die Köpfe der Laien hinweg. Deutlich mehr Mitgestaltungsräume gesteht das Bistum Essen in seinem Beteiligungsprozess zu. Auf Basis eines partizipativ entwickelten Leitbildes („Zukunftsbild") wurden jüngst Projektideen entwickelt, in denen sich für die Laien vor Ort Gestaltungsspielräume bieten. Dort kann Organisationshandeln mitgestaltet werden, was sich positiv auf die Akzeptanz der Kirche auswirken dürfte.

Gerade beim Dialogbegriff zeigt sich, dass die Wortverwendung im kirchlichen Bereich anders konnotiert ist als allgemeinsprachlich, was mit der bereits beschriebenen Legitimationsstruktur zusammenhängt. Die Gefahr besteht darin, dass gerade hierdurch Erwartungen weitreichender Mitbestimmung geweckt werden. Wenn durch die DBK zuerst von einem Dialog- und später von einem Gesprächsprozess gesprochen und anschließend dieser auch auf den Weg gebracht wird, dann weckt das bei den Laien, und insbesondere bei den Mitgliedern, die oben mit den Dimensionen „loyalty" und „voice" differenziert wurden, Hoffnungen und zugleich Erwartungen an Beteiligung. Wenn diese Hoffnungen und Erwartungen enttäuscht werden, folgt damit eine logische Konsequenz, die oben mit der Dimension „exit" beschrieben wurde.

Welche sind also nun die konkreten Grenzen der Beteiligung innerhalb der katholischen Kirche und wie wirkt sich das auf die Kommunikation aus? Dies soll im nächsten Abschnitt mit der Übertragung des Beteiligungsmodells auf die katholische Kirche genauer betrachtet werden.

Grenzen der Beteiligung

Im Modell der Beteiligungstypen waren Faktoren beschrieben worden, die den zugestandenen Einfluss bei Beteiligungsprozessen einschränken. Einschränkende Faktoren finden sich entsprechend auch im Beteiligungsprozess in der römisch-katholischen Kirche. Diametral steht den Erwartungen des Kirchenvolks von mehr Beteiligung die hierarchische Struktur der römisch-katholischen Kirche entgegen. Entscheidungen gehen von Rom aus, der Diözesanbischof ist Rom gegenüber rechenschaftspflichtig, die Pfarrer sind es gegenüber dem Diözesanbischof. In Deutschland ist also entscheidend, inwiefern der Diözesanbischof bereit ist, Beteiligung zuzulassen. Hierbei gibt es bereits große formale Unterschiede. Während das Bistum Trier in Person des Bischofs Ackermann den Weg einer Synode mit kodifizierten Beteiligungsmöglichkeiten und Entscheidungs-

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

prozessen gewählt hat, finden die meisten der diözesanen Beteiligungsprozesse kirchenrechtlich im „luftleeren Raum" statt. Zwar liegt auch in einer Synode die letzte Entscheidungskompetenz beim Bischof, doch folgt der Prozess definierten und nachvollziehbaren Schritten. In einem nicht formal bestimmten Prozess ist der Einfluss der Laien einzelfallabhängig auszuhandeln und noch stärker vom Wohlwollen der Bistumsleitung abhängig. Problematisch für die Bischöfe ist, dass sie „zwischen den Stühlen" sitzen, indem sie sich einerseits mit den Erwartungen des Kirchenvolks konfrontiert sehen und andererseits in den weltkirchlichen Zusammenhang eingebunden sind. Von dort aus wird ihr Handlungsspielraum durch Regelungen und Gesetze eingeschränkt. Für die Beteiligung zeigen sich also erstens *rechtliche Grenzen*. Wie beschrieben sieht das Kirchenrecht die große Machtfülle des Papstes und der Bischöfe vor. Wenn Beteiligung der Laien – wie im Falle der Synoden – überhaupt vorgesehen ist, sind ihr enge Grenzen gesetzt und die Entscheidungsgewalt bleibt bei den kirchlichen Autoritäten.

Zweitens zeigen sich *organisationale Grenzen* in der kognitiven Struktur der Kirche. Durch rechtliche Rahmenbedingungen und eingeschliffen Traditionen haben sich Handlungsweisen etabliert, die durch eine hierarchische und wenig partizipationsorientierte Denkweise geprägt sind. So hält Lüdecke (2009, S. 70f.) fest: „Oft wird von innerkirchlichem Dialog, dialogischer Wahrheitsfindung oder dialogischer Kirche gesprochen. Das ist missverständlich und sollte vermieden werden, solange dabei nicht ein spezifisch kirchlich-communiales Dialogverständnis garantiert ist. Kirchliche Kommunikation muss der Eigenart der spezifisch römisch-katholischen Architektur der *communio hierarchica* entsprechen. Sie ist unaufgebbar asymmetrische Kommunikation, *communicatio hierachica*" (Hervorhebung im Original). Folglich handelt es sich bei der Forderung der Zivilgesellschaft nach umfassender Beteiligung bei kirchlichen Entscheidungsprozessen letztlich um eine Forderung, die aufgrund kirchlicher Organisationsprinzipien nicht einzulösen ist. In den vorherrschenden *taken-for-granted skripts* in den Köpfen der Vertreter der Amtskirche ist Partizipation keine Handlungsweise, die verbreitet in Betracht gezogen oder gar als Handlungsmodus eingeübt wäre. Die Risiken der Delegitimation und des Akzeptanzverlustes müssten erst so stark sein und wahrgenommen werden, dass diese Vorstellungen aufgebrochen würden und

Die Forderung nach umfassender Beteiligung bei kirchlichen Entscheidungsprozessen ist aufgrund kirchlicher Organisationsprinzipien nicht einzulösen.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

sich eine andere Weltsicht verfestigen würde. Mit Blick auf den bundesweiten Gesprächsprozess der Bischofskonferenz muss aus organisationaler Perspektive überdies konstatiert werden, dass es sich bei einem Gesprächsprozess der DBK um keinen Prozess mit weitreichenden Entscheidungsbefugnissen handeln kann, weil Entscheidungen nur auf der Ebene der Bistümer getroffen und umgesetzt werden können. Es fehlt dem Prozess folglich zusätzlich an Verbindlichkeit, weil die Organisationsstruktur diese gar nicht zulässt.

Eine sehr spezifische organisationale Grenze in der katholischen Kirche ist zudem die der *theologischen Glaubensüberzeugungen*. Sie kommt in nicht verhandelbaren Dogmen zum Ausdruck, die sich einer Einflussnahme durch Laien entziehen.

Zusammenfassend kann also von *rechtlichen, organisationalen* und *theologischen Grenzen* gesprochen werden, die den Einfluss der Beteiligungsmöglichkeiten in Dialog- oder Gesprächsprozessen einschränken. In weiterer Forschung wäre es interessant, diese theoretisch ausgewiesenen Grenzen empirisch nachzuzeichnen und ggf. zu erweitern. Das gewählte Modell bietet hierfür eine Basis.

Schlussfolgerungen

Betrachtet man die aktuellen Dialog- oder Gesprächsprozesse, zeigt sich, dass dem Einfluss der Laien durch tradierte Vorstellungen seitens der kirchlichen Würdenträger und der Verwaltung darüber, wie Entscheidungsfindung in der katholischen Kirche abläuft, sowie durch rechtlich-hierarchische Rahmenbedingungen enge Grenzen gesetzt sind. Hierdurch können Beteiligungsprozesse kaum anders beschaffen sein wie im Beteiligungstyp der Information beschrieben. Eine Beteiligung in Form von Konsultation oder Kooperation über das Stadium der Information hinaus würde bedeuten, den Laien Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum zu geben und hierdurch Macht abzutreten. Damit würde die einflussreiche Stellung der kirchlichen Autoritäten aufgeweicht, was ihrer selbstverständlichen Rolle zuwiderlaufen würde. Man begnügt sich daher mit einer Form der Beteiligung, die keinen konkreten Einfluss auf das Organisationshandeln zugesteht, was erleichtert wird, indem nicht über handfeste Strukturen, sondern über theologische Themen gesprochen wird, hinsichtlich derer die kirchlichen Autoritäten ohnehin durch ihre Vorbildung überlegen sind. Das Einräumen weitreichender Einflussmöglichkeiten wäre letztlich gleichbedeutend mit einem Kontrollverlust.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Gegenüber der Öffentlichkeit bietet sich durch diese Formate die Möglichkeit, zu argumentieren, dass man dem Wunsch nach Beteiligung durch die Gesprächsveranstaltungen nachgekommen sei. Inwiefern Einfluss zugestanden wurde, wird dabei verdeckt und – da es sich um weniger verständliche Details handelt – im Zweifelsfall auch nicht durch eine breite Öffentlichkeit nachgefragt oder thematisiert. Dies kann aus strategischer Sicht sinnvoll sein, wenn kein Einfluss zugestanden werden soll, birgt aber auch deutliche Gefahren – insbesondere mit Blick auf zwei der eingeführten Mitgliedergruppen. Werden Kirchenmitglieder in Beteiligungsprozessen nur scheinbar beteiligt und folgt aus den Unterredungen kein Einfluss auf das Organisationshandeln, droht eine Enttäuschung der Beteiligten, wenn ihnen vorher suggeriert wurde, dass Einflusspotenzial bestehe. Die „Voice"-Mitglieder können durch ihren lautstarken Protest öffentlichen Druck aufbauen, der die gesellschaftliche Akzeptanz der Organisation zu unterminieren droht. Die „Loyalen" drohen in die innere Emigration abzugleiten und es besteht die Gefahr, dass sie sich nicht mehr in ihren Gemeinden engagieren wollen, was zu einem enormen Schaden für die Organisation führen kann.

Diese beiden Beispiele zeigen, dass es nicht alleine um die öffentliche Stimmung in der Gesamtgesellschaft geht, wenn von Akzeptanz der katholischen Kirche die Rede ist, sondern dass besonders Kirchenmitglieder eine zentrale Größe für Beteiligungsprozesse in der Kirche sind, da sie bereits einen umfassenden Teil des gesellschaftspolitischen Umfelds ausmachen. Damit unterscheiden sich die Rahmenbedingungen im Falle der Kirche von Unternehmen bei Infrastrukturprojekten, weil letztere weniger für intraorganisationale Akzeptanz sorgen müssen. Ihre Mitarbeiter setzen die Projekte weisungsgemäß um. Kirchenmitglieder aber sind nicht wie Mitarbeiter weisungsgebunden, wenn sie sich ehrenamtlich engagieren. Es kommt bei ihnen auf die Motivation an. Diese droht durch Enttäuschungen verloren zu gehen. Für Kirchenmitglieder insgesamt gilt, dass der schlimmste Akzeptanzverlust sich im Austritt äußert, der letztlich die Organisation schwächt.

Problematisch ist mit Blick auf die Akzeptanz seitens der Mitglieder gerade die scheinbare Beteiligung. Genau dieses „Fassadenhandeln" ist jedoch in Organisationen heute zum Alltag geworden, was im Neo-Institutionalismus als „ceremonial facade", also einer inszenierten Fassade symbolischen Handelns, die vom eigentlichen organisationalen Handeln ab-

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

gekoppelt ist, treffend beschrieben wird (vgl. Meyer/Rowan 1977, S. 358f.). Diese Abkopplung dient insbesondere dem Schutz des Organisationskerns, der im Falle der katholischen Kirche deren sakramentale Struktur bzw. deren Dogmen sowie deren rechtliche Verfasstheit ausmacht, und in der modernen, ausdifferenzierten Gesellschaft immer mehr herausgefordert wird (vgl. Pollack/Rosta 2015).

Für alle Organisationen wird dieses Fassadenhandeln insbesondere in der Kommunikation zu einem Balanceakt. Denn überall da, wo mittels symbolischer Kommunikation ein Fassadenhandeln kommuniziert wird, besteht die Gefahr, dass dieses aufgedeckt und durch Legitimationsentzug, Akzeptanz- und Vertrauensverlust abgestraft wird. Dies verdeutlicht auch ein europäischer PR-Branchenvergleich, wonach das Thema Vertrauen zu erwerben und zu erhalten seit vielen Jahren als eines der wichtigsten Zukunftsthemen und damit Herausforderungen der Branche beschrieben wird (Zerfass et al. 2015, S. 43). Vertrauens- und Akzeptanzverlust entsteht überall dort, wo Versprechungen und damit geschürte Erwartungen nicht eingehalten werden, was auch aus kommunikationsethischer Sicht fragwürdig erscheint. Für die Kirchen als Religionsgemeinschaften kommt hinzu, dass sie viel mehr als andere Organisationen von symbolischer Kommunikation *per se* abhängig sind (vgl. Krech 2012). Wenn der Gesprächsprozess als ein „geistlicher Prozess" verstanden werden soll, dann ist das für eine gewisse Gruppe von Gläubigen nachvollziehbar und wird als religiöse Kommunikation auch verstanden (positive Loyalität), für eine andere, eher kirchenfernere Gruppe kann dies aber durchaus als „religiöser Anstrich" einer Scheindebatte oder als eine Einladung zu einem Dialog verstanden werden. Die Konzentration auf einen geistlichen Prozess klammert zugleich Fragen aus, die die Strukturen der Kirche betreffen. Diese Fragen liegen der Lebenswirklichkeit der Gläubigen deutlich näher und sind einer Dialogveranstaltung zugänglicher als theologische Fragestellungen. In einem geistlichen Prozess, der die theologische Dimension betont, stehen die Laien den ausgebildeten Theologen gegenüber, was ein hohes Ungleichgewicht zwischen den Gesprächspartnern schafft. Ausgeklammert werden Fragen von Gemeindestrukturen, zu denen die Laien sowohl eine Meinung, also auch Gestaltungsvorschläge sowie lebensweltliche Erfahrungen und berufliche Fähigkeiten einbringen könnten.

Die Kirchen sind viel mehr als andere Organisationen per se von symbolischer Kommunikation abhängig.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Zusätzliche Komplexität entsteht dadurch, dass die Mitgliederschaft der Kirche in ihrer Zusammensetzung in Milieus stark ausdifferenziert ist. Man erlebt die Realität, dass es nicht mehr den einen Typus des katholischen Gläubigen gibt – gleiches gilt für die heterogenen kirchlichen Organisationen (vgl. Ebertz 2014). Dies hat insbesondere für die Binnen- aber auch für die öffentliche Kommunikation wesentliche Folgen, die bisher zu wenig reflektiert wurden. Die Säkularisierungsprozesse, die insbesondere in den neuen Bundesländern zum Teil zu einem verheerenden religiösen Abbruch geführt haben, erreichen zunehmend auch die alten Bundesländer. So wenig es die Kirchen in den neuen Bundesländern bisher geschafft haben, die Menschen auf der kommunikativen Ebene zu erreichen, werden sie es in den alten Bundesländern in Zukunft schaffen, wenn sie die Menschen nicht dort abholen, wo sie sind. Und so kann der Habermas'sche Gedanke der Übersetzung der religiösen Argumente in säkulare Argumente auch hier dienen, um wieder Brücken zu bauen – zunächst zu den eigenen Mitgliedern und darüber hinaus zu der Gesellschaft (Habermas 2009).

Wie aufgezeigt wurde, sind die Dialogverständnisse im kirchlichen und im allgemeinsprachlichen Bereich höchst diskrepant. Dies zunächst zu benennen, würde schon helfen, bei den Kirchenmitgliedern und in der Gesellschaft insgesamt keine Erwartungen zu wecken, die nicht einlösbar sind. Daher ist auch der Abschied vom Dialogbegriff im Gesprächsprozess der DBK nur konsequent. Die Kirche sollte dabei deutlich machen, dass es – gerade im Hinblick auf Glaubensinhalte – Themen gibt, die aus ihrer Sicht nicht verhandelbar sind. Darum ist die Fokussierung des Gesprächsprozesses auf „geistliche Themen" aber kontraproduktiv, wenn man auf eine stärkere Akzeptanz seitens der Mitglieder abzielt. Organisationsstrukturen hingegen sind verhandelbar. Dies müsste die Amtskirche stärker zulassen und damit den Laien Einfluss zugestehen. Schlussendlich kann nur eine „Kommunikationswende" (App/Broch/Messingschlager 2014, S. 101) insbesondere zu den kirchenfernen Mitgliedern, die offen und lebensnah und nicht einseitig, belehrend und bevormundend ist, verlorengegangene Akzeptanz der Mitglieder wieder gewinnen. Dabei stellt sich jedoch die grundsätzliche Frage, welche Rolle die Mitglieder und die Gläubigen und damit die Laien in der katholischen Kirche spielen. Kommen die deutschen Bischöfe zu dem Schluss, dass sie auf das Kirchenvolk an-

Die Kirche sollte deutlich machen, dass es – gerade im Hinblick auf Glaubensinhalte – Themen gibt, die aus ihrer Sicht nicht verhandelbar sind.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

gewiesen sind und ein Akzeptanzverlust negative Konsequenzen hätte, kommen sie um das Einräumen stärkeren Einflusses und damit zumindest einer echten Konsultation, die mehr als ein Mitspracherecht zugesteht, nicht herum.

Literatur

App, Reiner/Broch, Thomas/Messingschlager, Martin (2014): Zukunftshorizont Kirche. Was Katholiken von ihrer Kirche erwarten. Eine repräsentative Studie. Ostfildern.

Arbter, Kerstin (2012): Praxisbuch Partizipation – Gemeinsam die Stadt entwickeln. Wien.

Beck, Ulrich (1993): Die Erfindung des Politischen: Zu einer Theorie reflexiver Modernisierung. Frankfurt a. M.

Belok, Manfred (2013): Wird der Aufbruch gelingen? Zum Gesprächsprozess der Deutschen Bischofskonferenz. In: Belok, Manfred (Hg.): Dialogprozesse in der katholischen Kirche: Begründungen – Voraussetzungen – Formen. Paderborn, S. 113-132.

Belok, Manfred (2014): Wird der Gesprächsprozess gelingen? Ringen um die Zukunft der katholischen Kirche. Vortrag beim 38. Akademieforum der Pallotiner, Vallendar. http://www.pthv.de/fileadmin/user_upload/PDF_Akademietage/Akademietage_2014/Prof._Belok.pdf (zuletzt aufgerufen am 12.9.2015).

Bentele, Günter/Bohse, Reinhard/Hitschfeld, Uwe/Krebber, Felix (2015): Akzeptanz in der Medien- und Protestgesellschaft – Gedanken, Analysen, Thesen. In: Bentele, Günter et al. (Hg.): Akzeptanz in der Medien- und Protestgesellschaft: Zur Debatte um Legitimation, öffentliches Vertrauen, Transparenz und Partizipation. Wiesbaden, S. 1-23

Bertelsmann Stiftung (2014): Vielfältige Demokratie. Kernergebnisse der Studie „Partizipation im Wandel – Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden". Gütersloh.

Bitektine, Alex (2011): Toward a Theory of Social Judgments of Organizations: The Case of Legitimacy, Reputation, and Status. In: Academy of Management Review, 36. Jg., H.1, S. 151-179.

Brand, Karl-Werner (2010): Die Neuerfindung des Bürgers. In: Olk, Thomas/Klein, Ansgar/Hartnuß, Birger (Hg.): Engagementpolitik. Wiesbaden, S. 123-152.

Burkart, Roland (2015): Verständigungsorientierte Öffentlichkeitsarbeit (VÖA): Das Konzept und seine Rezeption. In: Fröhlich, Romy/Szyszka, Peter/Bentele, Günter (Hg.): Handbuch der Public Relations. Wiesbaden, S. 277-304.

Calmbach, Marc/Flaig, Berthold Bodo/Eilers, Ingrid (2013): MDG-Milieuhandbuch 2013. Religiöse und kirchliche Orientierungen in den Sinus-Milieus. http://www.mdg-online.de/services/mdg-milieuhandbuch-2013.html (zuletzt aufgerufen am 12.9.2015).

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Deutsche Bischofskonferenz (DBK) (2011): Im Heute glauben, Wort der deutschen Bischöfe an die Gemeinden. Bonn.

Deutsche Bischofskonferenz (DBK) (2014): Gesprächsforum „Martyria" in Magdeburg. http://www.dbk.de/themen/gespraechsprozess/ (zuletzt aufgerufen am 27.8.2015).

Deutsche Bischofskonferenz (DBK) (2015): Katholische Kirche in Deutschland. Zahlen und Fakten 2014/15. Arbeitshilfen 275. Bonn.

DiMaggio, Paul J./Powell, Walter W. (1983): The Iron Cage Revisited: institutional Isomorphism and Collective Rationality in organizational Fields. In: American Sociological Review, 48. Jg., H. 2, S. 147-160.

Ebertz, Michael N. (2014): Erosion der (katholischen) Kirche. Altes flicken oder Neues wagen? In: Patrick Becker/ Diewald, Ursula (Hg.): Die Zukunft von Religion und Kirche in Deutschland. Perspektiven und Prognosen. Freiburg i. Br., S. 29-47.

Ebertz, Michael N./Eberhardt, Monika/Lang, Anna (2012): Kirchenaustritt als Prozess Gehen oder bleiben? Eine empirisch gewonnene Typologie. Berlin.

Endruweit, Günter (2004): Organisationssoziologie. 2. erweiterte u. überarbeitete Auflage. Stuttgart.

Ebertz, Michael N. (Hg.) (2009): Milieupraxis. Vom Sehen zum Handeln in der pastoralen Arbeit. Würzburg.

Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) (2014): Engagement und Indifferenz. Kirchenmitgliedschaft als soziale Praxis. V. EKD-Erhebung über Kirchenmitgliedschaft. http://www.ekd.de/download/ekd_v_kmu2014.pdf (zuletzt aufgerufen am 12.9.2015).

Friedland, Roger/Alford, Robert (1991): Bringing Society Back In: Symbols, Practices, and Institutional Contradictions. In: Powell, Walter W./DiMaggio, Paul J. (Hg.): The New Institutionalism in Organizational Analysis. Chicago, S. 232-266.

Gabriel, Karl (2015): Kirchen zwischen Institution und Bewegung. In: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, 28.Jg., H.1, S. 18-28.

https://www.wiso-net.de:443/document/FJSB__6C9B0C407636CC56ADD5446C314E5DEE (zuletzt aufgerufen am 12.9.2015).

Grunig, James E./Hunt, Todd (1984): Managing public relations. Forth Worth.

Habermas, Jürgen (2009): Zwischen Naturalismus und Religion. Philosophische Aufsätze. Frankfurt a.M.

Habermas, Jürgen. (²1997): Theorie des kommunikativen Handelns. Band 1, Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung. Frankfurt a. M.

Habermas, Jürgen. (1984): Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns. Frankfurt a.M.

Haering, Stephan OSB (2008): Autorität und Synodalität im Gesetzbuch der lateinischen Kirche. In: Böttigheimer, Christoph (Hg.): Autorität und Synodalität: eine interdisziplinäre und interkonfessionelle Umschau nach öku-

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

menischen Chancen und ekklesiologischen Desideraten. Frankfurt a. M., S. 297-320.

Hasse, Raimund (2009): Die Einbettung religiöser Organisationen untern den Bedingungen der Pluralisierung. In: Könemann, Judith/Loretan, Adrian (Hg.): Religiöse Vielfalt und der Religionsfrieden. Herausforderung für die christlichen Kirchen. Zürich, S. 161-178.

Hempelmann, Heinzpeter (Hg.) (2015): Die Sinus-Studie „Evangelisch in Baden-Württemberg". Dokumentation. Neukirchen-Vluyn.

Hinings, C. R./Raynard, Mia (2014): Organizational form, structure, and religious organizations. In: Tracey, Paul/Phillips, Nelson/Lounsbury, Michael (Hg.): Religion and organization theory. Bingley, S. 159-186.

Hirschman, Albert Otto (1970): Exit, voice, and loyalty. Responses to decline in firms, organizations, and states. Cambridge.

Hoffjann, Olaf/Hachmeister, Philine (2013): Der Mythos der PR als internem Berater. Eine empirische Studie zu Legitimationsstrategien in Investitionsgüterunternehmen. In: Bentele, Günter/Piwinger, Manfred/Schönborn, Gregor (Hg): Kommunikationsmanagement. Loseblattwerke. Neuwied/Kriftel.

Holtzhausen, Derina/Zerfass, Ansgar (Hg.) (2015): Routledge Handbook of Strategic Communication. New York.

Knall, Jessica (2006): Akzeptanz durch Mitwirkung? Das Beispiel Auenrevitalisierung – eine räumlich orientierte Wirkungsanalyse des partizipativen Ansatzes im transdisziplinären Naturschutzprojekt „Stellimatten". Basel.

Kopp, Matthias (2015): „Prüft alles und behaltet das Gute!" In: Bentele, Günter/Bohse, Reinhard/Hitschfeld, Uwe/Krebber, Felix (Hg.): Akzeptanz in der Medien- und Protestgesellschaft. Wiesbaden, S. 233-243.

Kost, Andreas (²2013): Direkte Demokratie. Wiesbaden.

Krech, Volkhard (2012): Religion als Kommunikation. In: Stausberg, Michael (Hg.): Religionswissenschaft. Berlin, S. 49-63.

Krebber, Felix (2015): Gesellschaftliche Akzeptanz und Kommunikation. Inputorientierte Organisationskommunikation bei Infrastrukturprojekten. An der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie der Universität Leipzig eingereichte Dissertation.

Lehmann, Karl (1994): Vom Dialog als Form der Kommunikation und Wahrheitsfindung in der Kirche heute. Eröffnungsreferat bei der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz, 19. September 1994. Bonn.

Liedhegener, Antonius (2013): Konflikt und Konsens im katholischen Binnenraum – historische (Vor-) Erfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland der 1960er und 1970er Jahre. In: Belok, Manfred (Hg.): Dialogprozesse in der katholischen Kirche: Begründungen – Voraussetzungen – Formen. Paderborn, S. 35-52.

Luhmann, Niklas (1977): Funktion der Religion. Frankfurt a. M.

Lucke, Doris (1995): Akzeptanz: Legitimität in der „Abstimmungsgesellschaft". Opladen.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Lüdecke, Norbert (2009): Kommunikationskontrolle als Heilsdienst. Sinn, Nutzen und Ausübung der Zensur nach römisch-katholischem Selbstverständnis. In: Rottenburger Jahrbuch für Kirchengeschichte, Band 28. Stuttgart, S. 67-98.

MDG Medien-Dienstleistung GmbH (2010): MDG-Trendmonitor Religiöse Kommunikation 2010. München.

Meyer, John W./Rowan, Brian (1977): Institutionalized Organizations: Formal Structure as Myth and Ceremony. In: American Journal of Sociology, 83. Jg., H. 2, S. 340-363.

Nassehi, Armin (2009): Die Organisation des Unorganisierbaren. Warum sich Kirche so leicht, religiöse Praxis aber so schwer verändern lässt. In: Karle, Isolde (Hg.): Kirchenreform. Interdisziplinäre Perspektiven. Leipzig, S. 199-218.

Oliveira, Evandro/Wiesenberg, Markus (2015): Von innen heraus: Vier Dynamiken der Legitimation von NGOs und Kirchen. In: Huck-Sandhu, Simone (Hg.): Interne Kommunikation im Wandel. Theoretische Konzepte und empirische Befunde. Wiesbaden, S. 105-122.

Overbeck, Franz-Josef (2013): Glauben, Hören und Sagen – Dialog in Kirche und Gesellschaft. In: Belok, Manfred (Hg.): Dialogprozesse in der katholischen Kirche: Begründungen – Voraussetzungen – Formen. Paderborn, S. 11-24.

Papst Paul VI.(1964): Enzyklika „Ecclesiam Suam".

Pickel, Gert (2013): Die Situation der Religion in Deutschland – Rückkehr des Religiösen oder voranschreitende Säkularisierung? In: Pickel, Gert (Hg.): Religion und Politik im vereinigten Deutschland. Was bleibt von der Rückkehr des Religiösen? Wiesbaden, S. 65-101.

Pollack, Detlef/Rosta, Gergely (2015): Religion in der Moderne. Ein internationaler Vergleich. Frankfurt a. M.

Pottmeyer, Hermann (2013): Dialogstrukturen in der Kirche und die Communio-Theologie des Zweiten Vatikanums? In: Belok, Manfred (Hg.): Dialogprozesse in der katholischen Kirche: Begründungen – Voraussetzungen – Formen. Paderborn, S. 133-148.

Sandhu, Swaran (2012): Public Relations und Legitimität. Der Beitrag des organisationalen Neo-Institutionalismus für die PR-Forschung. Wiesbaden.

Schnelle, Kerstin/Voigt, Matthias (2012): Energiewende und Bürgerbeteiligung: Öffentliche Akzeptanz von Infrastrukturprojekten am Beispiel der „Thüringer Strombrücke"; Studie erstellt im Auftrag von Germanwatch e. V., DAKT e.V., Heinrich-Böll-Stiftung Thüringen. Erfurt. www.germanwatch.org/en/download/4135.pdf (zuletzt aufgerufen am 12.9.2015).

Stolz, Jörg (2013): Entwurf einer Theorie religiös-säkularer Konkurrenz. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 65. Jg., H.1, S. 25-49.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb

Suchman, Mark C. (1995): Managing Legitimacy: Strategic and Institutional Approaches. In: Academy of Management Review, 20. Jg., H. 3, S. 571-610.

Tolbert, Pamela/Zucker, Lynne (1996): The Institutionalization of Institutional Theory. In: Clegg, Stewart R./Hardy, Cynthia/Nord, Walter R. (Hg.): Handbook of Organization Studies. London, S. 175-190.

Weber, Max ([1921]1980): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Tübingen.

Wiesenberg, Markus/Zerfaß, Ansgar (2015): Social-Web-Kommunikation der Kirchen in Deutschland. Wie (Erz-)Bistümer und Landeskirchen auf Facebook, Twitter und Youtube kommunizieren. In: Communicatio Socialis, 48. Jg., H. 1, S. 72-84.

Zerfass, Ansgar/Vercic, Dejan/Verhoeven, Piet/Moreno, Angeles/Tench, Ralph (2015): European Communication Monitor 2015. Creating communication value through listening, messaging and measurement. Results of a Survey in 41 Countries. Brüssel.

Zerfass, Ansgar/Wiesenberg, Markus (2015): Communicating the leadership status of organisations – A cross-national study in 10 European countries. Vortrag im Rahmen der EUPRERA Tagung, 1.-3. Oktober 2015, Oslo. Unveröffentlichtes Manuskript.

Zoellner, Jan/Ittner, Heidi/Schweizer-Ries, Petra (2005): Perceived Procedural Justice as a Conflict Factor in Wind Energy Plants Planning Processes. http://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Akzeptanz/204_ProceduralJustice_Oxford_Zoellner.pdf (zuletzt aufgerufen am 16.1.2015).

Zulehner, Paul M. (2012): Impuls 1: Perspektivenwechsel. In: ZMiR:doku, 2-12, Mitgliederorientierung zwischen Verheißung und Verurteilung? S. 5-8.

https://doi.org/10.5771/0010-3497-2015-3-289, am 12.10.2024, 10:19:57
Open Access – (cc) BY – https://www.nomos-elibrary.de/agb